

Phänomene der Mitte?

„Wendeverlierer“ – „Wutbürger“: Wer sympathisiert mit Pegida?

Susanne Rippl

Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Pegida und Co. – Neue rechte Bewegungen in Deutschland. Erklärungsansätze und aktuelle Befunde«

Einleitung

Rechtspopulist/-innen haben im Westen wie im Osten Deutschlands Zulauf. Europaweit, und dort schon seit längerem, etablieren sich rechte Parteien im politischen Spektrum. Rechtspopulismus ist kein deutsches und auch kein ostdeutsches Phänomen, sondern steht offenbar in Verbindung mit gesellschaftlichen Umbrüchen, Dynamiken und Veränderungen, die in einem globalen Rahmen stattfinden. Die Welt erscheint vielen Menschen überkomplex, chaotisch und krisenhaft (Nachtwey 2015, Rosa 2015). Die Regression auf Vereinfachung und Homogenität gibt ein Gefühl von Sicherheit. Diese Überforderung findet konkreten Ausdruck in einer Haltung, die von anomischen Gefühlen und Zukunftsangst geprägt ist. Nachtwey (2016: 299) kommt zu dem Schluss: „Pegida ist [...] ein Resultat einer von Abstiegsängsten und Postdemokratisierungsprozessen geprägten Gesellschaft“. Diese Gefühle betreffen nicht nur die offensichtlichen Modernisierungsverlierer/-innen am unteren Ende der sozialen Schichtung, sie reichen weit in die Gesellschaft hinein – zumindest aktuelle Studien zu den Teilnehmer/-innen der Pegida-Proteste (Patzelt 2016, Vorländer et al. 2016) ebenso wie Wahlanalysen zu Wähler/-innen der AfD weisen darauf hin, dass aus soziodemografischer Sicht auch die sogenannte Mitte der Gesellschaft betroffen ist. Von einigen Wissenschaftler/-innen werden die Sympathisant/-innen von Pegida und AfD als besorgte Normalbürger/-innen dargestellt (insbesondere Patzelt 2015), andere wiederum sehen eine politische „Radikalisierung“ (Nachtwey 2015) oder „Enthemmung“ (Decker et al. 2016) der Mitte.

Pegida und die AfD sind offenbar für einen Teil der Unzufriedenen und Verunsicherten zum Ventil ihres Protestes geworden. Oftmals wird von rechten „Wutbürgern“ oder quasi in der ostdeutschen Variante von „Wendeverlierern“ gesprochen. Inwieweit stimmen aber diese Thesen des „besorgten Normalbürgers aus der Mitte“ oder einer Radikalisierung der „Mitte“? Wer sind die „Wutbürger“ und „Wendeverlierer“ – die mit rechtem Protest reagieren? Im vorliegenden Beitrag wird eine empirische

Annäherung an diese Fragen mit Hilfe von Daten der ALLBUS-Umfragen, sowie von Daten einer in Chemnitz 2016 durchgeführten Bevölkerungsumfrage¹ vorgelegt.

Pegida und die Mitte der Gesellschaft

Die Repräsentant/-innen und Sympathisant/-innen von Pegida stellen sich selbst als normale, besorgte Bürger/-innen aus der Mitte der Gesellschaft dar – sehr deutlich wird das in der Selbstzuschreibung „Wir sind das Volk“. Diese Sichtweise wird von einigen Wissenschaftler/-innen (Patzelt 2015; Vorländer et al. 2016) und einer Vielzahl konservativer Politiker/-innen in Sachsen angeführt von Ministerpräsident Tillich unterstützt. Dass viele der von den „besorgten Bürgern“ geäußerte Einstellungen rassistische und demokratiefeindliche Inhalte haben, wird dabei ausgeblendet: „Es genügt anscheinend Rassismus als Sorge zu etikettieren, um sich daran nicht mehr zu stoßen“ (Kocyba 2016: 148). Nicht zufällig ist der Hintergrund dieser Debatte um die „besorgten Normalbürger“ das in konservativen politikwissenschaftlichen Positionen stark verankerte Extremismus-Paradigma (Jesse, Backes 1996). Politischer Extremismus zeichnet sich hier durch die Gegnerschaft zur Verfassung aus, dabei wird linker und rechter Extremismus inhaltlich nicht weiter differenziert und per definitionem als Extrempunkt eines Kontinuums und damit zum Randphänomen erklärt, deutlich abgesetzt von der Mitte der Gesellschaft (zur Kritik siehe auch Stöss 2010). Extremismus und die Mitte der Gesellschaft erscheinen so per Definition als getrennte Phänomene. Die These, Pegida-Unterstützer/-innen als „normale besorgte Bürger“ zu sehen, wird aus Sicht der Vertreter/-innen der These durch Ergebnisse der bisherigen Studien über Teilnehmer/-innen der Pegida-Demonstrationen gestützt, die daraufhin deuten, dass die Teilnehmer/-innen soziodemografisch betrachtet der Mitte der Gesellschaft zuzuordnen sind, das heißt Bildungsstand und Einkommenssituation werden als durchschnittlich bis überdurchschnittlich beschrieben (zum Beispiel Vorländer et al. 2016)². Die folgenden Analysen versuchen der Frage, wie „extrem die Mitte der Gesellschaft ist“, empirisch nachzugehen.

Rechte „Wutbürger“ – ein Phänomen der Mitte?

Der Begriff „Wutbürger“ ist schon zur Zeit seiner Entstehung im Kontext der Bürgerproteste zu Stuttgart²¹ eher negativ besetzt. Protest, eine eigentlich demokratisch legitime Form der Bürgerbeteiligung wird als etwas unkontrolliertes, „lautes“ mit dem Begriff der „Wut“ denunziert. 2010 war es Wort des Jahres – aber auch als „Unwort“ im Rennen – der Begriff wurde sogar in den Duden aufgenommen: „[...] als ein aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig protestierenden und demonstrierenden Bürger“. Der Spiegel-Journalist Dirk Kurbjuweit (2010), Schöpfer des Begriffs, sieht in der „Wut“ einen „Ausdruck einer skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, [...] aus Angstbürgern werden schnell Wutbürger“. Der typische Wutbürger sei eher egoistisch – stehe

¹ Im Frühjahr 2016 wurden 204 per Zufallsauswahl ermittelte Chemnitzer/-innen telefonisch zu ihren politischen Einstellungen befragt. Genauere Angaben zur Methodik finden sich in Rippl et al. 2016.

² Aufgrund der Selektivität der Stichproben, die den bisher vorgelegten Studien zugrundeliegen, sind diese Ergebnisse allerdings nur mit Einschränkungen zu interpretieren. Es ist davon auszugehen, dass die Teilnahmeverweigerung etwa bei Personen, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, besonders häufig ist.

politisch weder rechts noch links und stehe dem System mit einem großen Misstrauen gegenüber. Auch Franz Walter vom Göttinger Institut für Demokratieforschung hält den „Wutbürger“ als thematisch schwer zu fassen. Demografisch seien es eher ältere Menschen mit durchaus gehobenem Bildungsniveau aus der Mitte der Gesellschaft (Walter 2011). Heinz Bude schlug (2015) vor, den Begriff durch den des „Hassbürgers“ zu ersetzen, der einem Verbitterungsmilieu zuzurechnen sei, das er ebenfalls der Mitte der Gesellschaft zurechnet. Das sind Menschen mit einem großen Anerkennungsdefizit, wofür das System verantwortlich gemacht wird.

Im Kontext der Pegida-Demonstrationen wurde der Begriff des rechten „Wutbürgers“ unter anderem von Nachtwey (2016: 300) verwendet. Er sieht hier den konservativen „Wutbürger“ mit basisdemokratischen Orientierungen, er entstammt der Mitte der Gesellschaft und ist von Abstiegsängsten und enttäuschten Erwartungen an Aufstieg und Sicherheit geprägt, diese Enttäuschung begünstigt eine „Entnormativierung und Verwilderung“ (Nachtwey 2016: 306) und trägt starke autoritäre Züge – dies spiegelt sich deutlich in der Hinwendung zu autoritären Führungsfiguren, die zum Beispiel in der Verehrung Putins sichtbar wird und der Projektion von Aggressionen auf Minderheiten.

Merkmale des „Wutbürgers“

<ul style="list-style-type: none"> • stammt demografisch/politisch eher aus der Mitte der Gesellschaft
<ul style="list-style-type: none"> • nicht unbedingt bildungsfern
<ul style="list-style-type: none"> • nicht objektiv ökonomisch depriviert
<ul style="list-style-type: none"> • verunsichert – hängen am „Alten“
<ul style="list-style-type: none"> • unzufrieden – verbittert – Veränderung gefährden eigenen Status
<ul style="list-style-type: none"> • autoritär – intolerant – konservativ
<ul style="list-style-type: none"> • steht dem System kritisch gegenüber

Offen bleibt, inwieweit der „Wutbürger“, der mit Pegida sympathisiert, tatsächlich eher unpolitisch ist und aus einer reinen Protesthaltung agiert. Inwieweit trifft dieses Bild einer reinen „Protestbewegung vom Bürger aus der Mitte der Gesellschaft“ zu? Inwieweit haben wir es tatsächlich mit einer „Radikalisierung“ (Nachtwey 2015) oder aber eher „Enthemmung der Mitte“ (Decker et al. 2016) zu tun?

Radikalisierung der Mitte?

Im Folgenden werden empirische Annäherungen an die These der „enthemmten oder radikalisierten“ Mitte präsentiert und der Frage nachgegangen, welche empirisch quantifizierbaren Befunde für diese Thesen sprechen.

Als Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist zu klären, wer oder was die sogenannte „Mitte“ ist. Der häufig verwendete Extremismusbegriff sperrt sich in gewisser Weise dieser Zuordnung der „Mitte“ zu politisch radikalen Ansichten, da er mit einem Verständnis arbeitet, das menschenfeindliche Einstellungen als „Randphänomen“ beschreibt (Barp, Eitel 2016). In der Literatur wird die Mitte – meist ohne dies klar zu konstatieren oder zu differenzieren – als soziale oder politische Gruppe gefasst.

Für die politische Zuordnung ist es üblich, das politische Spektrum – bezogen auf Parteien oder politische Positionen ähnlich wie im Kontext der Extremismusforschung auf einem Rechts-Links-

Kontinuum anzuordnen. Offen ist dabei, inwieweit eine solche Vereinfachung der Ordnung politischer Positionen heute noch gerecht wird (Nassehi 2015). Allerdings zeigt die Verwendung dieser Begrifflichkeit in der Einstellungsforschung, dass die meisten Befragten mit dieser abstrakten Zuordnung durchaus etwas anfangen können. Die starke Tendenz der Großzahl der Befragten, sich in der Mitte einzuordnen, belegt aber auch, dass die Trennschärfe dieser Zuordnung eher gering ist.³ Das politische Konstrukt der Mitte steht weniger für moderate politische Positionen, sondern spiegelt offenbar vielmehr die Selbstzuordnung zur „Normalität“ – in diesem Sinne können die damit verbundenen Einstellungen auch als Indiz dafür aufgefasst werden, was in einer Gesellschaft als „normal“ betrachtet wird.

Sozial gesehen ist die Zuordnung einfacher – hier bezieht sich die Zuschreibung zur Mitte auf die Position in der Sozialstruktur einer Gesellschaft. Dabei wird über die Merkmale Einkommen, berufliche Position und Bildungsstand jeder Person ein spezifischer Status in der Gesellschaft zugeschrieben. Subjektiv wird dies in Umfragen durch die Selbsteinordnung in ein nach oben und unten sortiertes Kontinuum erreicht. Allerdings wird bei dieser Selbstzuordnung der jeweils subjektive Referenzpunkt nicht expliziert. Betrachtet man zuerst die subjektive Schichteinordnung im Zeitvergleich, so zeigt sich die starke Tendenz zur Mitte (vergleiche Abbildung 1).

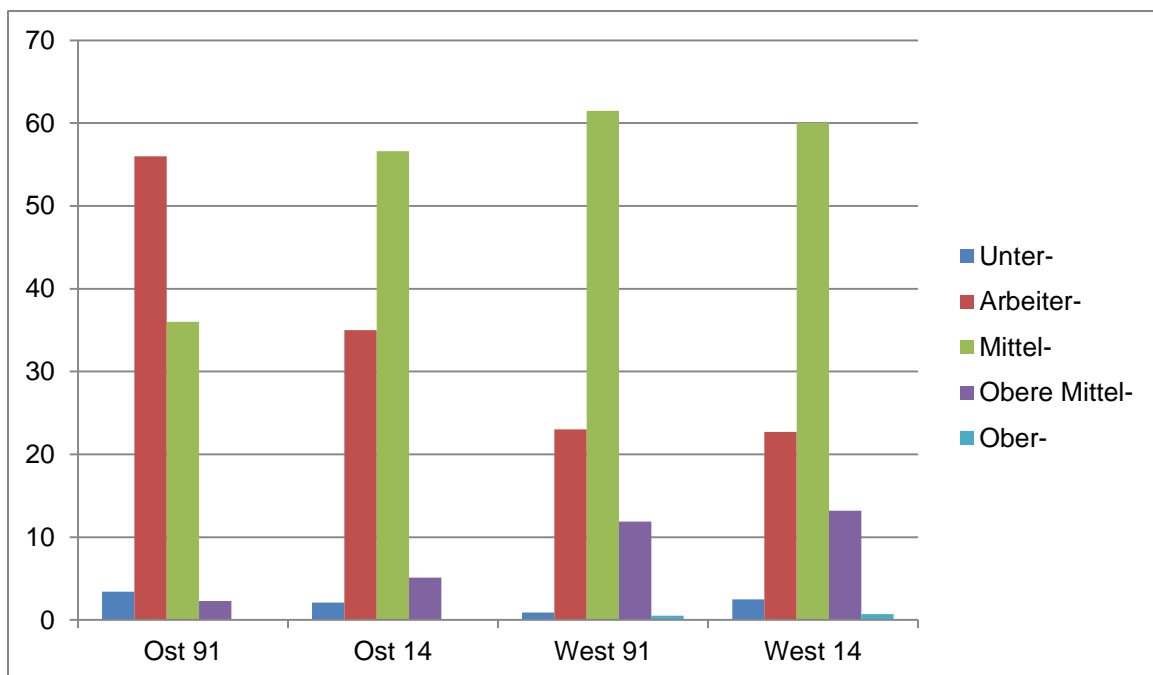


Abbildung 1: Subjektive Schichtestufung 1991 und 2014 im Vergleich (ALLBUS)

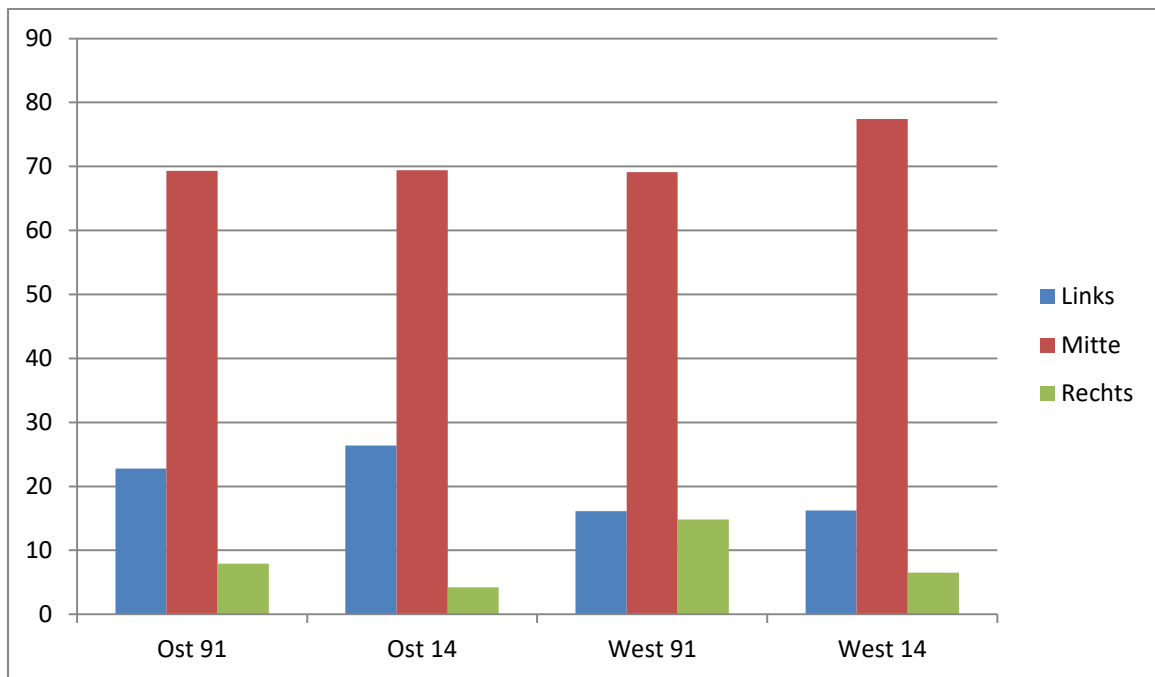
Der soziodemografischen Mitte rechnen sich über 50 Prozent der Befragten zu. Im Osten ist dieser Anteil seit 1991 in Folge der Wende gewachsen, im Westen ist der Anteil relativ stabil.

Betrachtet man den Begriff politisch, geht es um die Positionierung im politischen Spektrum. Objektiv ist die Eingrenzung schwierig – welche politischen Orientierungen gehören in die Mitte? Kernorientierungen wie die zur Rolle des Staates, die Prioritäten bei Fragen der Sicherheit, Ruhe und Ordnung oder zur Umverteilung könnten Ankerpunkte sein. Einfacher, aber letztlich weitaus unschärfer als die

³ Es ergeben sich vergleichsweise wenige fehlende Werte. Bei Zusammenhangsanalysen ergeben sich die erwarteten Zusammenhänge zu Parteipräferenzen, politischen Einstellungen zu Fremden, zur Nation oder Einkommensmessungen.

subjektive Schichteinordnung, ist die subjektive Rechts-Links-Einordnung, die häufig in der Einstellungsforschung verwendet wird, da letztlich weitgehend offen ist, welche politischen Inhalte vom Einzelnen mit der Einordnung verbunden werden. Andererseits spiegelt die Selbsteinordnung die Normalitätsvorstellung der Befragten, die dann mit konkreteren Einstellungen in Beziehung gesetzt werden kann.

Die folgenden Analysen beziehen sich wieder auf die Selbsteinordnung der Befragten. Über 70 Prozent sieht sich selbst politisch in der Mitte – auch dieser Anteil ist in den letzten 13 Jahren stabil (vergleiche Abbildung 2).



*Rechts-Links-Skala (1–3=Links; 4–7=Mitte; 8–10=Rechts)

Abbildung 2: Rechts-Links-Einstufung – 1991 und 2014 im Vergleich (ALLBUS)

Um eine Radikalisierung nachzuweisen, müssten sich die politischen Einstellungen der „Mitte“ hier am Beispiel von Fremdenfeindlichkeit in den letzten zehn Jahren verändert haben.

Zumindest anhand der vorliegenden Befunden (vergleiche Tabelle 3) ist weder für die politische noch für die soziodemografische Mitte eine Radikalisierung festzustellen – eher das Gegenteil ist der Fall. Auch in den Mitte-Studien, die aktuelle Zeitreihen bis 2016 vorgelegt haben (Decker et al. 2016), ist keine dramatische Zunahme von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit festzustellen. Dies steht in einem scheinbaren Widerspruch zu dem, was auf der Straße und bei Wahlen sichtbar wird.

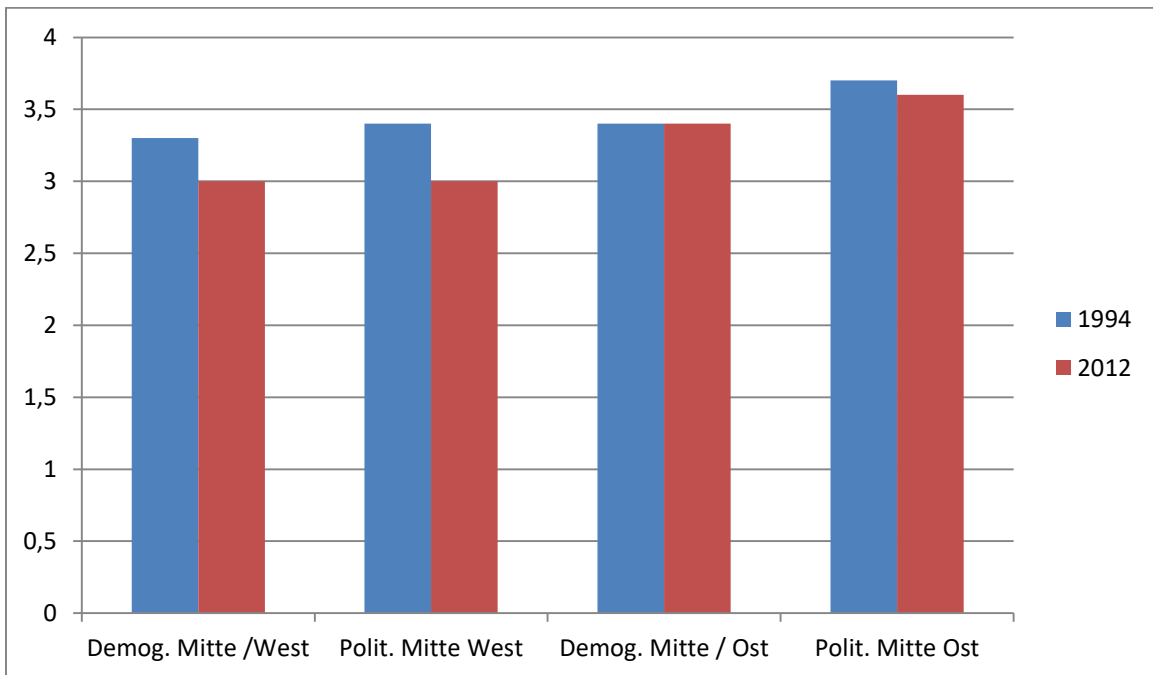


Abbildung 3: Xenophobie in der demografischen und politischen Mitte 1994 und 2012 im Vergleich (ALLBUS)

Erklärbar wird dieser scheinbare Widerspruch, wenn man sich die Einstellungen betrachtet, die mit dieser Selbstzuordnung zur Mitte verbunden sind.

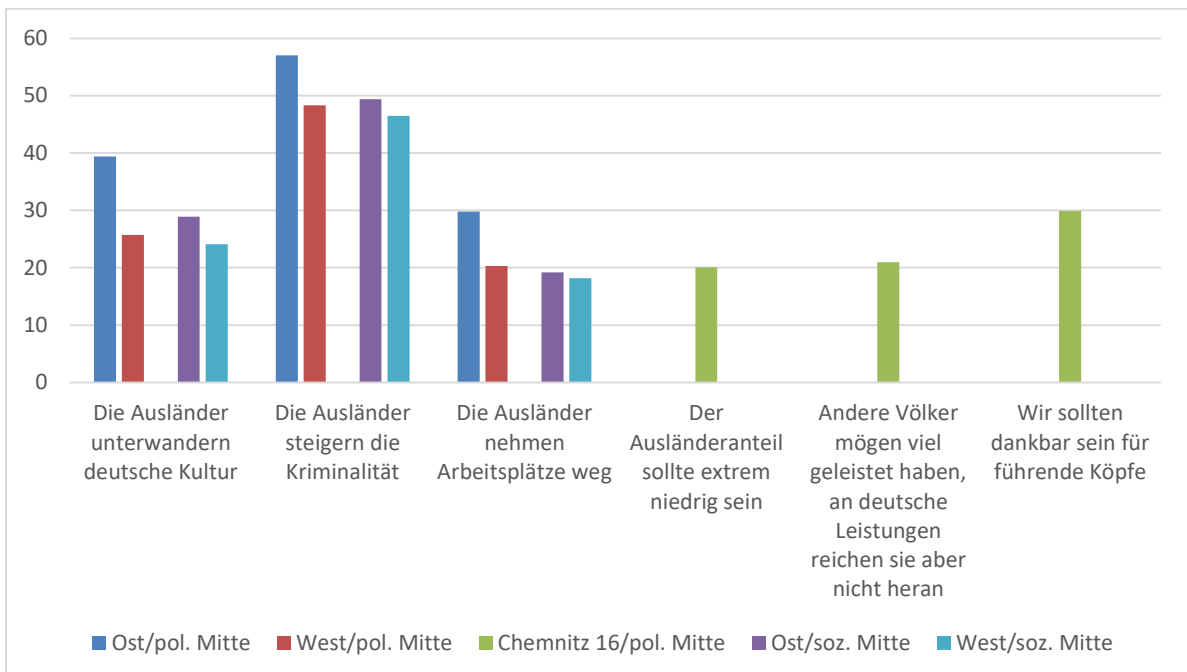


Abbildung 4: Fremdenfeindlichkeit in der „Mitte“ (ALLBUS 2014/Chemnitz-Studie 2016)

Fremdenfeindliche Einstellungen sind über die Zeit relativ stabil geblieben und sogar gesunken. Allerdings findet sich hinter dieser Stabilität ein recht hohes Niveau an Ressentiments (vergleiche Abbildung 4). 20 Prozent und mehr (je nach Inhalt) der Befragten, die sich der politischen Mitte zuordnen, zeigen rechts-affine Einstellungen. Ähnliches findet sich auch für die soziodemografische Mitte. In

Pegida und AfD haben diese Haltungen offenbar ihr Ventil gefunden, sie sind in einer Form öffentlich sichtbar geworden, die es bisher nicht gab.

Dies spricht für die Befunde und Diagnosen der Mitte-Studien (Decker et al. 2016), dass ein starker Bodensatz autoritärer und insbesondere fremdenfeindlicher Haltung schon langfristig in der Bevölkerung vorhanden war und ist. Diese latenten Einstellungen wurden im aktuellen politischen Klima durch Pegida und AfD und die inkonsequente Haltung der etablierten politischen Akteur/-innen insbesondere in Sachsen zu „legitimen“ Haltungen, die man nun ganz offen zeigen kann. Der „Wutbürger“ hat in Pegida und AfD sein Ventil gefunden. Als vormals tendenziell unpolitisch kann er aus dieser Sicht aber nicht gelten. Es scheint daher sinnvoll, weniger von einer Radikalisierung als von einer Enthemmung zu sprechen, da die Einstellungen latent bereits längerfristig vorhanden waren. Allerdings ist einschränkend anzumerken, dass die Mitte demografisch wie politisch ein sehr breiter Bereich ist. Pauschal ist es daher sicher falsch, die gesamte Mitte für diese Enthemmung in Haftung zu nehmen.

Der „Wendeverlierer“

Insbesondere wenn die stärker ausgeprägte Affinität für rechtspopulistische Angeboten in Ostdeutschland zur Diskussion steht – werden auch ost-spezifische Erklärungsangebote mitgeliefert – so fungiert der Begriff der „Wendeverlierer“ als plakative Benennung ostdeutscher Besonderheiten – er ist quasi die ostdeutsche Variante des „Wutbürgers“.

Pegida ist eine Bewegung, die nicht zufällig in Dresden entstand. Verschiedene Faktoren – wie ein nicht gefestigtes Parteiensystem, die Prägung durch ein diktatorisches System, die unfertige Verinnerlichung demokratischer Prinzipien und eine schwache Zivilgesellschaft werden oft als Ursachen genannt (Rehberg et al. 2016; Heim et al. 2016). Koppetsch spricht von einem realen Rückgang sozialer Bindekräfte durch Abwanderung und Ausdünnung von Infrastruktur als weiterhin deutlich spürbare Folgen der Vereinigung insbesondere in ländlichen Gebieten (Leerstand, fehlende Ärzte, Zuzugbindungen, geschlossene Schulen als sichtbare Zeichen). In diesem Kontext taucht der Begriff des „Wendeverlierers“ oder auch „Wende-Enttäuschten“ (Rehberg et al. 2016) in unterschiedlichen Erklärungsskizzen immer wieder auf. Damit gemeint sind im engeren persönlichen Sinne Menschen, die aufgrund biografischer Brüche durch die Wiedervereinigung Status und Ressourcen verloren haben und diese objektiven Folgen wirken bis heute. Neben tatsächlichen Verlusten spielen aber auch Enttäuschungen eine wichtige Rolle. Erweitert man den Begriff um kollektive Verlustgefühle und Enttäuschungen nach der Wende, können diese auch unabhängig von der realen individuellen Situation bestehen und das Lebensgefühl einer ganzen Gruppe beschreiben. Damit verbunden ist oftmals eine verklärte, nostalgische Sicht auf die DDR-Vergangenheit. Bei der ALLBUS-Befragung 2010 gibt ein Anteil von fast 40 Prozent der Befragten an, in der Vereinigung keine Vorteile zu sehen. Eine kritische Sichtweise auf die DDR-Vergangenheit wird von einem Großteil der ostdeutschen Befragten nicht gezeigt (vergleiche Abbildung 5).

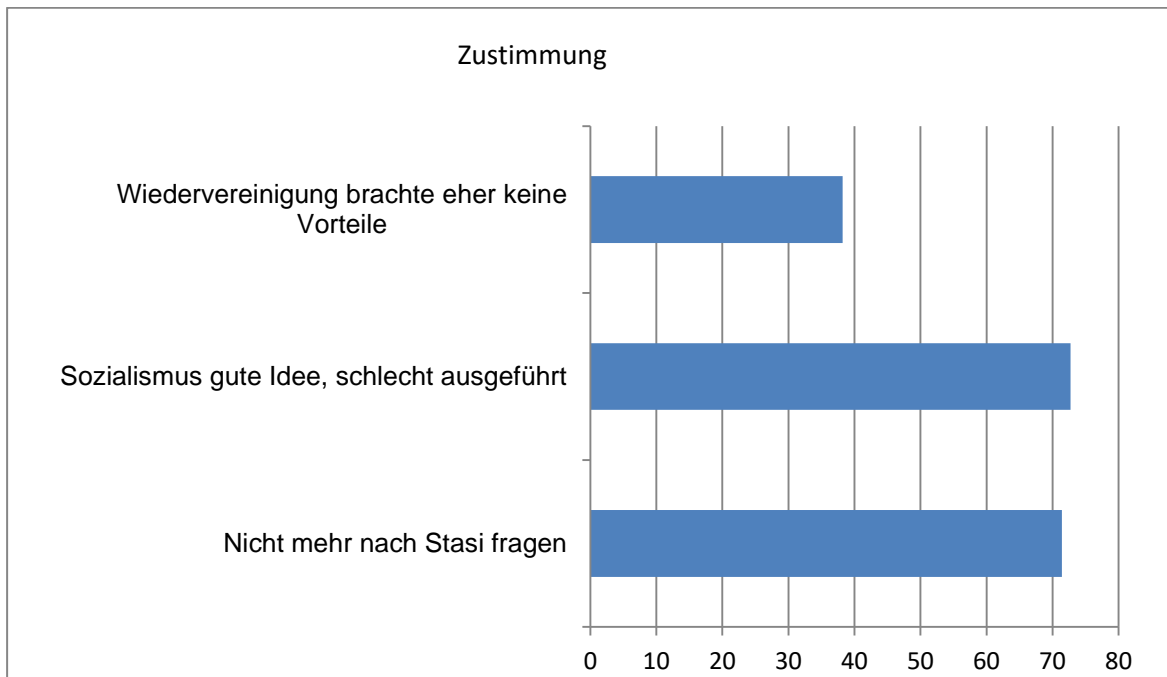


Abbildung 5: Einstellungen zur DDR und zur Wiedervereinigung (ALLBUS 2010)

Im Rahmen der Chemnitzer-Studie haben wir versucht, den Begriff des „Wende-Verlierers“ präziser zu erfassen. Insbesondere haben wir die kollektive und die individuelle Dimension unterschieden. Bezieht man das Konzept des „Wendeverlierers“ stärker auf die individuelle Ebene kann Heitmeyers Desintegrationstheorie als theoretischer Bezugspunkt herangezogen werden. Heitmeyer sieht die Frage der persönlichen Desintegration in der Gesellschaft durch nicht vorhandene Teilhabemöglichkeiten als wesentliche Ursache für rechtsextreme Orientierung. Die Theorie lässt eine inhaltliche Differenzierung der Verlustempfindungen zu. Heitmeyer unterscheidet inhaltlich drei Bereiche, in denen der/die Einzelne von Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen sein kann. Folgende Aspekte wurden in der vorliegenden Studie berücksichtigt:

Tabelle 1: Individuelle Folgen der Wende (Chemnitz 2016)

Inhaltliche Dimensionen (in Anlehnung an Heitmeyer):			
Zustimmung	Teils/Teils	Ablehnung	
6,5	10,3	83,1	Ökonomische Teilhabe Die Folgen der Wende haben meine wirtschaftliche Lage verschlechtert
36,5	20,4	43,1	Politische Teilhabe Durch die Folgen der Wende ist mein Einfluss auf die Politik größer geworden
67,1	14,1	18,7	Soziale Teilhabe Durch die Wende hat der soziale Zusammenhalt abgenommen

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Ebene geben über 80 Prozent an, dass sich ihre Lage durch die Wende verbessert habe. Hinsichtlich der Teilhabe an politischen Entscheidungen sieht die Bilanz deutlich negativer aus, nur rund 36 Prozent sehen hier eine Verbesserung. Betrachtet man die soziale Dimension, zieht hier eine deutliche Mehrheit eine negative Bilanz.

Betrachtet man die Kategorien als kollektive Fremd-/oder Selbstzuschreibung, ergeben sich Bezüge zu Tajfels *Theorie sozialer Identität*. Diese Theorie scheint deshalb attraktiv, weil sie den Aspekt des Gruppenvergleichs für die Identitätsbildung fokussiert. Kessler, Mummendey und Klink (1999) haben in diesem Theoriekontext zahlreiche interessante Studien vorgelegt, die die Bedeutung negativer Identität im Kontext von Ost/Westvergleichen herausgearbeitet haben. Soziale Vergleiche sind ein wichtiger Mechanismus, um soziale Identität und ein positives Selbstbewusstsein herzustellen. Dabei versuchen Menschen durch soziale Vergleiche eine positive Identität zu erreichen. Der West/Ost-Vergleich stiftet in diesem Sinne für Ostdeutsche oftmals negative soziale Identität, wenn er als wichtige Referenz herangezogen wird. Um negative soziale Identität zu vermeiden, werden Referenzgruppen gesucht, gegenüber denen man sich positiv abheben kann (beispielsweise Flüchtlinge) oder indem man Merkmale der Eigengruppe hervorhebt, die einen von einer relevanten Vergleichsgruppe unterscheidet. Auch lässt sich durch diese gruppentheoretische Sichtweise die starke Betonung völkischer Zugehörigkeiten erklären.

Betrachtet man die Verteilung der Zustimmung zu diesen Aussagen auf individueller und kollektiver Ebene, so zeigt sich, dass auf individueller Ebene über 70 Prozent die Wende als positive Erfahrung beschreibt; betrachtet man die kollektive Ebene, fällt die Beurteilung deutlich negativer aus. 15 Prozent der Befragten sehen sich als Wendeverlierer/-innen und für weitere 31 Prozent trifft das zumindest teilweise zu.

Tabelle 2: Wendeverlierer/-innen – Kollektiv-Individuell – Chemnitzer Studie 2016

Referenz Individuum / Gruppe			
Zustimmung	Teils/Teils	Ablehnung	
73,4	20,9	5,7	Individuell Die Folgen der Wende haben alles in allem einen positiven Einfluss auf mein Leben
53,6	31,4	15,1	Kollektiv Die Wiedervereinigung hat für Bürger in den neuen Bundesländern mehr Vor- als Nachteile gebracht

Welche Zusammenhänge finden sich zwischen der individuellen und kollektiven Selbstzuschreibung des „Wendeverlierers“ zu anderen Merkmalen (vergleiche Abbildung 6)? Untersucht man den Zusammenhang zu demographischen Merkmalen, so zeigt sich, dass Alter und Bildung kaum einen Einfluss auf die individuelle Selbstwahrnehmung als Wendeverlierer/-in haben. Männer sehen sich etwas häufiger als Wendeverlierer als Frauen ($b=-.13^+$). Auch die eigene aktuelle wirtschaftliche Lage hat mit $b=.15^*$ nur einen schwachen signifikanten Einfluss. Relevanter als die faktische Situation sind Wahrnehmungen wie die mangelnde Resonanz des politischen Systems, anomische Gefühle der Überforderung und Anerkennungsdefizite. Die kollektive Einschätzung „Wendeverlierer zu sein“ findet sich signifikant häufiger bei niedriger Gebildeten ($b=-.16^*$) und bei Männern ($b=-.15^*$). Die eigene aktuelle wirt-

schaftliche Situation hat auch hier keinen signifikanten Einfluss. Diese schwachen bzw. nicht vorhandenen Beziehungen zu demographischen Merkmalen – insbesondere auch zum Alter der Befragten (das eng mit der Frage verbunden ist, ob tatsächliche Wendeerfahrungen vorliegen) verweisen darauf, dass diese Selbstzuordnung „Wendeverlierer“ in hohem Maße eine Konstruktion von Zugehörigkeit darstellt, die kaum mit der tatsächlichen individuellen Situation verbunden ist. Wahrnehmungen der Situation spielen eine große Rolle.

Betrachtet man die verschiedenen Merkmale, die helfen könnten, den „Wende-Verlierer“ genauer zu beschreiben, so sind demographische Merkmale, die ökonomische Lage und auch die politische Rechts/Links-Einordnung weniger bis kaum relevant. Es handelt sich offenbar eher um eine gefühlte gesellschaftliche Desintegration, die sich demographisch schwer abgrenzen lässt und nicht klar in einem spezifischen politischen Lager zu verortet ist. Klare Merkmale von „Wendeverlierern“ sind enttäuschte Erwartungen hinsichtlich dessen, was die Demokratie und die Politik leisten sollen. Es finden sich in überdurchschnittlichem Maße anomische Gefühle, Anerkennungsdefizite und eine damit verbundene Nostalgie. 39,5 Prozent stimmten der folgenden Aussage zu (inklusive teils/teils 66 Prozent): „Früher waren die Leute besser dran, weil jeder wusste, was er zu tun hatte“. Zufrieden mit der Demokratie wie sie heute funktioniert waren nur 26,2 Prozent der Befragten.

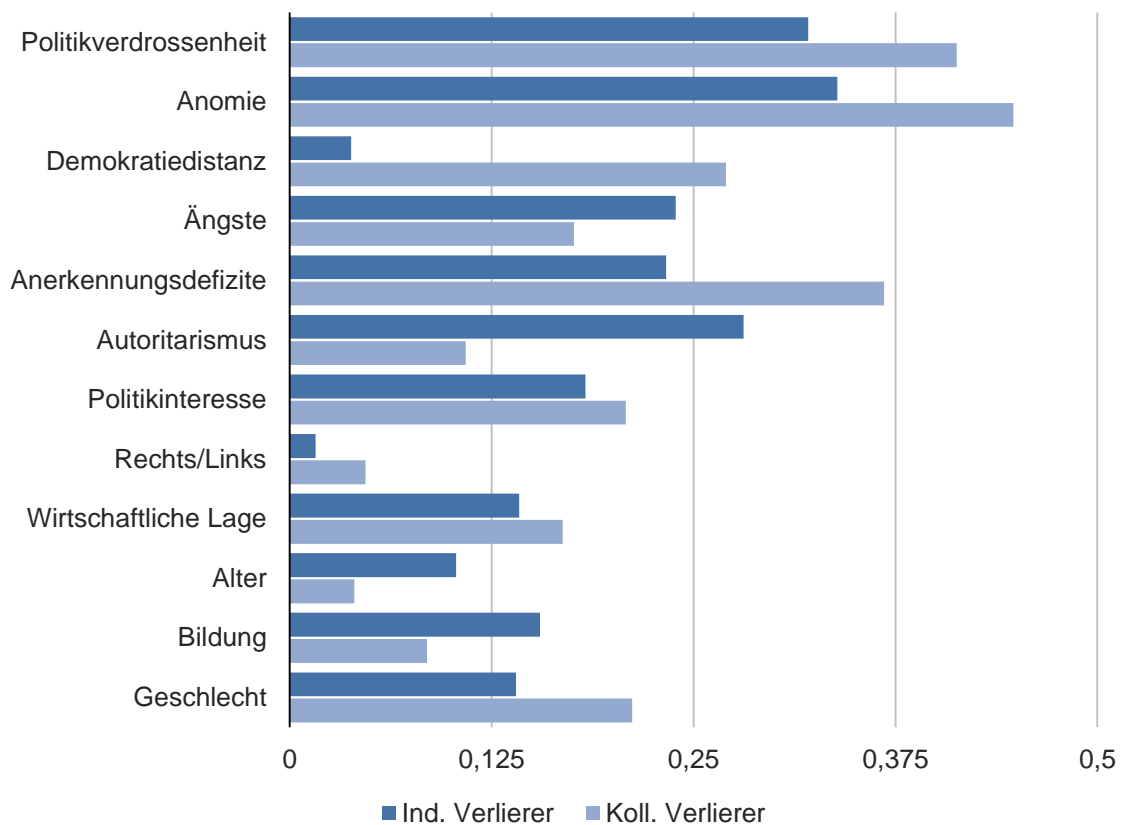


Abbildung 6: Korrelate kollektiver und individueller „Verlierer“

„Wendeverlierer“ und Pegida – Protest oder politische Haltung?

Im letzten Schritt gehen wir nun der Frage nach, inwieweit das Konzept des „Wendeverlierers“ tatsächlich für die Erklärung der Sympathie für Pegida und für die Ausprägung rechtsextremer Orientierungen relevant ist.

Die multivariate Analyse zeigt, dass das kollektive Empfinden zur Gruppe der „Wendeverlierer“ zu gehören, einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable „Pegida-Sympathie“ hat. Die aktuelle ökonomische Lage der Befragten und das individuelle Gefühl, ein/-e Wendeverlierer/-in zu sein, hingegen haben kaum einen Einfluss. Demografische Merkmale spielen für die Sympathie für Pegida bei den Chemnitzer Befragten kaum eine Rolle, auch auf korrelativer Ebene gibt es kaum Effekte. Das Gefühl einer quasi kollektiven Kränkung und eine große Politikverdrossenheit sind die wichtigsten Prädiktoren.

In einem letzten Schritt fügen wir Rechtsextremismus als weiteren Prädiktor für die Pegida- oder AfD-Sympathie ins Modell ein. Rechtsextremismus erweist sich für beide Phänomene als sehr starker Prädiktor.

Tabelle 3: Prädiktoren Pegida-Sympathie (Chemnitz 2016) – OLS-Regression

	Pegida-Sympathie
Alter	(.03) 0,038
Geschlecht	(-.07) -0,105
Bildung	(.13 ⁺) -0,010
ökonomische Lage	-0,088
Wendeverlierer/-in – Individuell	-0,028
Wendeverlierer – kollektiv	-0,231**
Politikverdrossenheit	0,310**
R-Quadrat	0,218

*In Klammern Korrelationen

Der Einfluss der vorher stärksten Prädiktoren ist deutlich schwächer, was belegt, dass rechtsextremistische Weltbilder als ein Bindeglied fungieren. Dies spricht gegen das Bild des unpolitischen Protest- oder „Wutbürgers“. Die viele „Wutbürger“ aus der Mitte der Gesellschaft haben zugleich verfestigte rechtsextreme Weltbilder, so dass man von einer reinen Protestwahl, die sich an tatsächlichen Missständen festmacht, nicht ausgehen kann.

Tabelle 4: Pegida/AfD-Sympathie (Chemnitz 2016) – OLS-Regression

OLS-Regression: Abhängige Variable Pegida-Sympathie / AfD Sympathie		
	Pegida-Sympathie	AfD-Sympathie
Alter	0,01	0,06
Geschlecht	-0,13 ⁺	-0,13*
Bildung	-0,04	-0,16*
ökonomische Lage	-0,04	-0,02
Wendeverlierer/-in – Individuell	-0,01 (-0,03)	-0,10
Wendeverlierer – kollektiv	-.12⁺(-0,23^{**})	-0,02*
Politikverdrossenheit	.18^{**}(0,31^{**})	0,13⁺
Rechtsextremismus	0,31^{**}	0,43^{**}
R-Quadrat	0,35	0,25

*In Klammern Beta-Koeff. (Ohne Rechtsextremismus)

Fazit: Wer sind die Sympathisant/-innen von Pegida – Radikalisierung der Mitte?

Ausgangspunkt der Überlegungen waren zwei konträre Sichtweisen auf die Sympathisant/-innen der neuen rechten Bewegungen. Zum einen die These, es handele sich bei den Sympathisant/-innen der neuen rechten Bewegung um eigentlich unpolitische besorgte Normalbürger/-innen aus der Mitte der Gesellschaft (Patzelt 2015; Vorländer et al. 2016), deren Protest nicht auf verfestigten rechten Weltbildern beruht, wobei hier die Zuschreibung zur Mitte auf deren „Normalität“ verweist. Zum andere die Thesen der Radikalisierung oder Enthemmung, hier wird die politische Dimension der Entwicklung betont – den Sympathisant/-innen werden autoritäre und rechtsextreme Einstellungen zugeschrieben (Nachtwey 2016; Decker et al. 2016).

Auf den ersten Blick scheint sich die „Mitte“ der Gesellschaft, wenn man subjektive Maße der Selbstzuordnung betrachtet, im Zeitverlauf wenig verändert zu haben, soziodemografisch, wie politisch ist die Mitte quantitativ hinsichtlich ihres Umfangs, als auch in ihren Einstellungen relativ stabil. Allerdings zeigt ein genauerer Blick auf die Ausprägung der Einstellungen, dass diese schon langfristig ein großes Potential für eine rechte Mobilisierung aufgewiesen haben und weiterhin haben – ein nicht unbeträchtlicher Teil der „Mitte“ – egal ob politisch oder sozial definiert – hegte und hegt deutlich fremdenfeindliche und rechtsextreme Ressentiments. Folgt man der These, dass die Selbstzuordnung zur politischen Mitte mit Normalitätsvorstellungen bestimmter politischer Einstellungen einhergeht, so zeigt sich, dass ein beträchtlicher Teil der sogenannten politischen Mitte fremdenfeindliche Ressentiments für legitim hält. Bewegungen wie Pegida oder die AfD haben diese Haltungen hoffähig gemacht und in öffentliches Handeln verwandelt – in Form von rechtem Protest oder Wahlverhalten. Was latent offenbar schon lange vorhanden war, wird jetzt an die Oberfläche gespült. Es handelt sich daher nicht um unpolitische Protest- und Wutbürger/-innen, die allein ihre Besorgnisse äußern. Der Protest ge-

deht auf einer autoritären Grundhaltung, wie die starken Korrelationen zwischen Pegida-Sympathie und rechtsextremen Einstellungen zeigen. Der Begriff der „Enthemmung“, wie von Decker et al. (2016) verwendet, scheint daher angebracht – die Hemmungen etwas, das bereits latent vorhanden war, zu offenbaren, sind gefallen. Vorreiter dieser „Enthemmung“ sind die Protagonisten der rechtspopulistischen Bewegung wie Bachmann oder Höcke, diese ebnet mit gezielten Tabu-Brüchen den Weg – insbesondere dann, wenn Politik oder Zivilgesellschaft nicht scharf reagieren.

In Ostdeutschland ist dieses Mobilisierungspotential noch größer. Neben einer nicht vorhandenen stabilen Bindung an vorhandene Parteien fördern politische Akteur/-innen und Strukturen und eine schwache Zivilgesellschaft Gelegenheitsstrukturen, die Raum für rechte Akteur/-innen zulassen. Zusätzlicher Katalysator einer Hinwendung zu rechtspopulistischen Angeboten ist – so die Befunde unserer Studie – eine in allen Gesellschaftsschichten verbreitete Selbstwahrnehmung als „Verlierer/-in“. Dieses Phänomen besteht weitgehend losgelöst von der realen individuellen Situation, wie zum Beispiel der tatsächlichen ökonomischen Situation einer Person, auch das Alter spielt kaum eine Rolle, auch junge Ostdeutsche fühlen sich heute noch als Wendeverlierer/-innen. Es zeigt sich zudem, dass sich die Sympathie für die Pegida und AfD aus einem vorhandenen Bodensatz rechtsextremer Haltungen speist, der bis in die soziale Mitte der Gesellschaft Verbreitung findet. Es handelt sich dabei keineswegs um weitgehend unpolitische, unzufriedene Bürger/-innen – ein rechtsextremes Weltbild bildet den Hintergrund für die, die sich in unsicheren Zeiten rechten Bewegungen zuwenden. Das Bild des/der besorgten Normalbürger/-s verharmlost die Situation – beziehungsweise stellt die Frage neu, was heute bereits als normal gesehen wird.

Literatur

- Barp, F., Eitel, H. 2016: Weil die Mitte in der Mitte liegt. Warum Pegida mit dem Extremismus-Paradigma nicht zu erklären ist und es zur Verharmlosung der Bewegung beiträgt. In T. Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Springer: Wiesbaden, 111–142.
- Bude, H. 2015: „Hass ist gesellschaftsfähig geworden“. Interview mit dem Deutschlandfunk vom 14. Oktober 2015, http://www.deutschlandfunk.de/extremismus-hass-ist-gesellschaftsfaehig-geworden.694.de.html?dram:article_id=333862 (letzter Aufruf 7. Dezember 2016).
- Decker, O., Kiess, J., Brähler, E. 2016: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Heitmeyer, W. 2010: Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 13–33.
- Jesse, E., Backes, U. 1996: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kessler, T., Mummendey, A., Klink, A. 1999: Soziale Identität und relative Deprivation: Determinanten individuellen und kollektiven Verhaltens in Ostdeutschland nach der Vereinigung. In M. Schmitt, L. Montada (Hg.), Gerechtigkeitserleben und Befindlichkeit im wiedervereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 213–262.
- Kocyba, P. 2016: Wieso Pegida keine Bewegung harmloser, besorgter Bürger ist. In K.S. Rehberg, F. Kunz, T. Schlinzig (Hg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Bielefeld: Transkript-Verlag, S. 147–163.

- Kurbjuweit, D. 2010: Wutbürger. Spiegel Online 41. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html>, (letzter Aufruf 15. Dezember 2016).
- Nachtwey, O. 2015: Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom. Blätter für deutsche und internationale Politik, 16. Jg., Heft 3, 81–89.
- Nachtwey, O. 2016: Pegida, politische Gelegenheitsstrukturen und der neue Autoritarismus. In K.S. Rehberg, F. Kunz, T. Schlinzig (Hg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Bielefeld: Transkript-Verlag, 299–312.
- Nassehi, A. 2015: Die letzte Stunde der Wahrheit. Hamburg: Murrman.
- Patzelt, W. 2015: Edel sei der Volkswille. Was brodelt da eigentlich unter der Pegida-Oberfläche?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 17, 21. Januar 2015, S. 12.
- Patzelt, W. 2015: Was und wie denken Pegida-Demonstranten, <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/forschung/pegida/studie1-januar2015> (letzter Aufruf 3. November 2016).
- Patzelt, W. 2016: Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten! Hat sich PEGIDA radikalisiert? <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/forschung/pegida/studie3-januar2016> (letzter Aufruf 14. Dezember 2016).
- Rippl, S. et al. 2016: Pegida und Co. – Erste Ergebnisse einer Telefonumfrage in Chemnitz. Befunde und Erklärungsansätze. Forschungsbericht TU Chemnitz, Institut für Soziologie.
- Rosa, H. 2015: Fremd im eigenen Land. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.4.2015.
- Rosa, H. 2005: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stöss, R. 2010: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: FES.
- Vorländer, H., Herold, M., Schäler, S. 2016; PEGIDA; Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer.
- Walter, F. 2011: Alt, stur, egoistisch, Spiegel Online vom 8. September 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/studie-ueber-wutbuenger-alt-stur-egoistisch-a-784664.html> (letzter Aufruf 7. Dezember 2016).